

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung
am Mittwoch, **18.03.2026**, 17:00 Uhr - 19:31 Uhr,
Hauptausschusszimmer, 1. Etage, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Katharina Huesmann, Anja Kallfelz, Christian Korte (Vertretung für Herrn Carsten Peters), Sophie Pieper (Vertretung für Frau Julia Petzoldt), Beate Rottkemper, Benedikt Spangenberg, Albert Wenzel

von der CDU-Fraktion:

Mathias Kersting, Dr. Hans Moormann, Carolin Schwarz, Laura Tenhagen, Jolanta Vogelberg, Thomas Werth

von der SPD-Fraktion:

Pauline Sofie Billstein, Noah Börnhorst, Stephan Brinktrine

von der Fraktion Die Linke:

Addick Meinardus (Vertretung für Herrn Jacob Bohé), Marie Syska

von der Fraktion Volt:

Sven Konopka

von der Ratsgruppe FDP:

Jörg Berens

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Michael Krapp

beratendes Mitglied:

Holger Lucius

von der Verwaltung:

Lars Dannenberg, Dr. Ingo Deitmer, Matthias Eiter (bis öffentlichem TOP 7.5), Hendrik Gräwer (bis öffentlichem TOP 7.5), Ralf Krietemeyer, Maike Küter (bis öffentlichem TOP 7.5), Arno Minas, Frank Möller, Corinna Tingelhoff, Michael Volmering, Franziska Weber, Bettina Zarth, Christine Zeller

für die Schriftführung:

Jan Hirsch

Es fehlte/n:

Jacob Bohé, Carsten Peters, Julia Petzoldt

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung am 18.03.2026

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Erfordernis von Verwaltungspräsenz |
| | 4. | Hinweise und Anmerkungen zu der öffentlichen Niederschrift der Sitzung am 10.02.2026 |
| | 5. | Eingänge und Eingaben aus der Politik |
| | 6. | Mitteilungen und Berichte der Verwaltung |
| | 7. | Finanzen |
| <u>V/0166/2026</u>
II | 7.1. | Erlass einer Hebesatzsatzung ab dem 01. Januar 2026 |
| <u>V/0152/2026</u>
II | 7.2. | Jahresabschluss 2024 der Altenzentrum Klarastift gGmbH |
| <u>V/0170/2026</u>
II | 7.3. | Änderungen der Satzungen für die Benutzungsgebühren |
| <u>V/0169/2026</u>
II | 7.4. | Sachstandsbericht zur Einrichtung des Bauinvestitionscontrollings |
| <u>V/0112/2026</u>
II | 7.5. | Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2026 |

<u>V/0171/2026</u> IV	7.6.	Rücknahme Projektskizze Egelshove aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" (SKS), Projektauftrag 2025/2026
<u>V/0003/2026</u> IV	7.7.	Gewährung einer Beihilfe an den SC Preußen Münster im Jahr 2026 für den Betrieb des LVM-Preußenstadions
<u>V/0080/2026</u> IV	7.8.	Anpassung der Parkentgeltordnung der privatwirtschaftlich betriebenen Parkfläche vor dem Stadtbad Mitte im Zuständigkeitsbereich des Sportamtes Münster
<u>V/0133/2026</u> VI	7.9.	Darlehensprogramm zur Förderung genossenschaftlicher Wohnprojekte / Wohnprojekte des Mietshäuser-syndikats in Münster
	8.	Liegenschaften
<u>V/0006/2026</u> VI	8.1.	Baubeschluss Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier
<u>V/0018/2026</u> VI	8.2.	Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in Roxel (2. und 5. Teilprojekt) - Baubeschluss -
<u>V/0609/2025/1</u> VI	8.3.	Baugebiet "Handorf - Hobbeltstraße / Kirschgarten / Heriburgstraße" - Anpassung des Quartierskonzepts durch die Wohn und Stadtbau GmbH (W+S)
<u>V/0033/2026</u> IV	8.4.	Neubau eines 3-zügigen Schulgebäudes für die Matthias-Claudius-Grundschule Handorf - Baubeschluss -
<u>V/0670/2025</u> IV	8.5.	Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absicherung des Bundesstützpunktes Volleyball -Baubeschluss-
	9.	Sonstiges
<u>V/0059/2026</u> I	9.1.	Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bodengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung
<u>V/0077/2026</u> I	9.2.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag, den 10.05.2026, Sonntag, den 23.05.2027 und Sonntag, den 14.05.2028 in Münster-Hiltrup
<u>V/0094/2026</u> II	9.3.	Integrationsmonitoring 2024/2025
<u>V/0109/2026</u> III	9.4.	Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages durch die Stadt Münster an eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Münster GmbH

<u>V/0624/2025/1</u> III	9.5.	Einführung einer Besucherparkregelung für Bewohnerparkzonen im Mischprinzip
<u>V/0655/2025</u> IV	9.6.	Strategien zur zukünftigen Planung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Münster – Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Betreuungssystem
<u>V/0684/2025</u> IV	9.7.	Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Bildungs- und Betreuungsangebot der Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Stadt Münster als Trägerin
<u>V/0685/2025</u> V	9.8.	Beitritt zur interkommunalen Genossenschaft K4K „Kompetenz für kommunale Innovation und Digitalisierung eG“
	10.	Beratung des Haushaltsplanes 2026 und 2027 (inkl. des Stellenplanes 2026 und 2027) sowie der mittelfristigen Ergebnisplanung bis 2030
	10.1.	Beratung als Fachausschuss und als Vorberatungsgremium für den Rat
<u>V/0179/2026</u> II	10.2.	Haushaltsplan der Stadt Münster für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
	11.	Verschiedenes

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Noah Börnhorst, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung (öffentlicher Teil) des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung um 17:00 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Börnhorst**, verpflichtete die anwesenden neuen sachkundigen Bürger/innen Herrn Christian Korte, Frau Sophie Pieper und Frau Laura Tenhagen als Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Herr **Kersting** beantragte, den TOP 7.1., V/0166/2026, ohne Beschlussfassung in der Beratungskette zu schieben. Herr **Wenzel** bat darum, dass zu TOP 7.1 trotzdem über die Vorlage gesprochen werden solle.

Hierüber bestand Einvernehmen. Der Ausschuss genehmigte sodann den so geänderten öffentlichen Teil der Tagesordnung.

Punkt 3 der Tagesordnung**Erfordernis von Verwaltungspräsenz**

Das Erfordernis der Verwaltungspräsenz wurde im Vorfeld der Sitzung abgefragt. Zu den TOPs im öffentlichen Teil wurde keine Verwaltungspräsenz gewünscht.

Punkt 4 der Tagesordnung**Hinweise und Anmerkungen zu der öffentlichen Niederschrift der Sitzung am 10.02.2026**

Es gab keine Hinweise und/oder Anmerkungen zu der öffentlichen Niederschrift der Sitzung am 10.02.2026.

Punkt 5 der Tagesordnung**Eingänge und Eingaben aus der Politik**

Neben den Haushaltsanträgen aus der Politik zu TOP 10.1 und TOP 10.2 lagen im öffentlichen Teil der Sitzung zu folgenden TOPs bzw. Vorlagen Änderungsanträge der Fraktionen vor:

- TOP 8.2, V/0018/2026, Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt
- TOP 8.4, V/0033/2026, Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt
- TOP 9.7, V/0684/2025, Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Zum Änderungsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP zu TOP 7.1, V/0166/2026, bestand Einvernehmen, dass dieser bei den Haushaltsanträgen zu TOP 10.1 beraten werden soll.

Punkt 6 der Tagesordnung**Mitteilungen und Berichte der Verwaltung**

Zum TOP 10.2 respektive zur Anlage 1 der Vorlage V/0179/2026 (Anregung 2026-00014) lag eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Punkt 7 der Tagesordnung**Finanzen****Punkt 7.1 der Tagesordnung
V/0166/2026****Erlass einer Hebesatzsatzung ab dem 01. Januar 2026**

Frau **Zeller** erläuterte zu Beginn die inhaltlichen Hintergründe, die dazu geführt haben, dass mit Beschluss zur Vorlage V/0166/2026 bei der Grundsteuer B vorübergehend zu einem einheitlichen Hebesatz zurückgekehrt werden soll. Daran anknüpfend entstand eine Diskussion im Gremium.

Im Anschluss wurde die Vorlage V/0166/2026 einvernehmlich ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung
V/0152/2026**
**Jahresabschluss 2024 der Altenzentrum Klarastift
gGmbH**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

Die Vertretung der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der Altenzentrum Klarastift gGmbH wird ermächtigt, folgende Entscheidungen zu treffen:

1. Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss der Altenzentrum Klarastift gGmbH für das Geschäftsjahr 2024, abschließend

in der Bilanz bei Aktiva und Passiva mit 3.682.492,05 €

sowie einem in der GuV
ausgewiesenen Jahresüberschuss von 185.024,70 €

wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss wird zusammen mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 2.179.351,81 € auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung werden für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung erteilt.
4. Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses der Altenzentrum Klarastift gGmbH für das Geschäftsjahr 2025 wird die Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft bestellt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine

**Punkt 7.3 der Tagesordnung
V/0170/2026**
Änderungen der Satzungen für die Benutzungsbühren

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mit 15 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, FDP, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) zu 6 Nein-Stimmen (CDU) mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

Folgende Satzungen werden in den beiliegenden Fassungen (Anlagen 1 bis 4) beschlossen:

- Anlage 1: Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung
- Anlage 2: Satzung zur Änderung der Abwassergebührensatzung
- Anlage 3: Satzung zur Änderung der Gewässergebührensatzung
- Anlage 4: Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Änderung der Satzungen führt zu keiner Änderung der Haushaltsansätze.

**Punkt 7.4 der Tagesordnung
V/0169/2026**

Sachstandsbericht zur Einrichtung des Bauinvestitionscontrollings

Das Team des Bauinvestitionscontrollings stellte sich vor und gab mittels einer PowerPoint-Präsentation Einblicke über die Aufgaben, Zielsetzungen und ersten Arbeitserfolge. Im Anschluss wurden die Fragen aus dem Gremium beantwortet.

Sodann wurde der Bericht durch die Mitglieder des Gremiums zur Kenntnis genommen.

**Punkt 7.5 der Tagesordnung
V/0112/2026**

Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

Die in der **Anlage 2** beigefügten Wirtschaftspläne für das Geschäftsjahr 2026 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

- **Stiftung Magdalenenhospital,**
- **Stiftung Siverdes,**
- **Stiftung Vereinigte Pfründnerhäuser,**
- **Stiftung Pfründnerhaus Kinderhaus und**
- **Stiftung Bürgerwaisenhaus**

und der rechtlich unselbstständigen Stiftungen

- **Friedrich und Irmgard Buschmann Stiftung und**
- **Stiftung Generalarmenfonds**

sowie der Eigentümergemeinschaften (Zusammenschluss von Stiftungen zu Bau und Bewirtschaftung von Immobilien)

- **288 Wohnungen Münster-Coerde,**
- **Seniorenwohnungen am Klarastift und**
- **Seniorenwohnungen Finkenstraße**

werden genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die wirtschaftlichen Situationen werden in den Einzelwirtschaftsplänen der jeweiligen Stiftung ersichtlich. Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben lediglich die Planungen der beiden rechtlich unselbstständigen Stiftungen, deren Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge in der Produktgruppe 1701 „Rechtlich unselbstständige Stiftungen“ in Zeile 07 „Sonstige ordentliche Erträge“ bzw. Zeile 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen werden.

**Punkt 7.6 der Tagesordnung
V/0171/2026**

Rücknahme Projektskizze Egelshove aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" (SKS), Projektaufruf 2025/2026

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

Der Rat beschließt die Rücknahme der Projektskizze „Umwandlung Kunstrasenplatz Egelshove in Mecklenbeck“ aus der Interessenbekundung Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS), Projektauftrag 2025/2026.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die im Haushaltsplan bislang nicht veranschlagten Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Bundes werden infolge der Rücknahme der Projektskizze nicht weiterverfolgt.

Da für die Maßnahme keine Fördermittel im Haushalt aus dem Bundesprogramm eingestellt worden sind, ergeben sich durch die Herausnahme der Projektskizze keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushaltsplanentwurf 2026/2027.

**Punkt 7.7 der Tagesordnung
V/0003/2026****Gewährung einer Beihilfe an den SC Preußen
Münster im Jahr 2026 für den Betrieb des LVM-
Preußenstadions**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt) zu 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP), bei 3 Enthaltungen (Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP), mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

Die SC Preußen Münster GmbH & Co. KGaA erhält zum Betrieb der Sportinfrastruktur „LVM-Preußenstadion“ für das Kalenderjahr 2026 eine Betriebsbeihilfe als Zuschuss, deren Höhe abhängig vom Klassenerhalt ausgestaltet wird.

Die Beihilfe beträgt in dem Fall, dass der Verein in der Saison 2026/2027 unterhalb der Zweiten Fußballbundesliga spielt, 585.293 EUR.

Bei einer weiteren Teilnahme am Spielbetrieb der Zweiten Bundesliga auch in der Saison 2026/2027 reduziert sich die Beihilfe auf 195.098 EUR.

Die im Haushalt 2026/2027 veranschlagten Mittel für die Betriebsbeihilfe werden gesperrt, sofern und soweit der Zuschuss aufgrund der Ligazugehörigkeit oder der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der SC Preußen Münster GmbH & Co. KGaA entfällt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportinfrastruktur, Sportförderung, Sportveranstaltungen			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2026	585.293	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe in Höhe von 780.390 Euro veranschlagt. Die Verwaltung wird im

Rahmen der Etatberatungen für den Haushalt 2026/2027 ein Veränderungsblatt zur Reduzierung des Ansatzes für den Zuschuss um 195.100 Euro für das Haushaltsjahr 2026 einbringen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

**Punkt 7.8 der Tagesordnung
V/0080/2026**

Anpassung der Parkentgeltordnung der privatwirtschaftlich betriebenen Parkfläche vor dem Stadtbad Mitte im Zuständigkeitsbereich des Sportamtes Münster

Herr **Börnhorst** wies auf den vorliegenden Beratungsverlauf hin.

Im Anschluss beschloss der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung einstimmig:

1. Zum 01.07. 2026 wird die Parkentgeltordnung der privatwirtschaftlich betriebenen Parkfläche vor dem Stadtbad Mitte im Zuständigkeitsbereich des Sportamtes an die derzeit gültige Parkgebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Münster (Parkgebührenordnung) angeglichen. Das Parken kostet dann ebenfalls 1,30 € pro halbe Stunde. Für Nutzende des Badebetriebs im Stadtbad Mitte beläuft sich das Entgelt auf 1,00 € pro Badbesuch. Das Kurzzeitparken (bis 10 Minuten) bleibt kostenfrei.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Parkentgeltordnung der privatwirtschaftlich betriebenen Parkfläche am Stadtbad Mitte anzupassen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0802	Bäder			
Zeile	5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2026	19.030 €	
			2027ff.	38.060 €	
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2026	1.500 €	

Die Kosten für die Umstellung werden auf ca. 1.500 € geschätzt und werden durch die geplanten Mehrerträge gedeckt. Die Erträge und Aufwendungen sind im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

**Punkt 7.9 der Tagesordnung
V/0133/2026**

Darlehensprogramm zur Förderung genossenschaftlicher Wohnprojekte / Wohnprojekte des Mietshäusersyndikats in Münster

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mit 20

Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) zu 1 Nein-Stimme (FDP), mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt die Richtlinie der Stadt Münster für die Gewährung von Darlehen zur Förderung genossenschaftlicher Wohnprojekte/ Wohnprojekte im Miethäusersyndikat in der beigefügten Fassung (Anlage 1).
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Inhalt des Haushaltsbegleitantrags der Ratsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD sowie der Gruppe Volt vom 07.12.2022 aufgegriffen und geprüft worden ist. Der Haushaltsbegleitantrag vom 07.12.2022 ist damit erledigt.
3. Die Verwaltung wird im Falle einer Förderzusage ermächtigt, den notwendigen Darlehensvertrag mit den zu fördernden Genossenschaften oder Wohnprojekten des Mietshäusersyndikats zu schließen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Mit dem Beschluss der o.g. Richtlinie sind keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen verbunden. Für die Gewährung von Darlehen an Wohnungsgenossenschaften / Mietshäusersyndikate im Rahmen des Darlehensprogramms sind folgende Mittel veranschlagt:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Ansatz €	Bemerkungen
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Maßnahme	0140	Darlehen Wohnungsgenossenschaften	2025	1.250.000	
			2026	3.750.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Investitionsmaßnahme veranschlagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Liegenschaften

**Punkt 8.1 der Tagesordnung
V/0006/2026**

**Baubeschluss Begegnungs- und Demokratieort im
Yorkquartier**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat fasst den Baubeschluss zu Umbau und Sanierung des ehem. Offizierskasinos York zur zukünftigen Nutzung als „Begegnungs- und Demokratieort im Yorkquartier“. Der denkmalgerechte Umbau erfolgt auf Basis der Planungen von Bastian Architekten, Münster (Anlage 02).

2. Der Rat der Stadt Münster fasst den Baubeschluss zur Erneuerung und Umgestaltung der Außenanlagen des 2.Bauabschnitt Bürgerpark York nach dem Entwurf des Landschaftsarchitekturbüros f[R]p, Münster (Anlage 03). Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Sanierung des südlichen Abschnitts der Kasernenmauer gem. den Planungen des Ingenieurbüro Eggersmann, Warendorf bereits durchgeführt wird.
3. Der Rat beschließt, dass die Baumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 9.679.000 € auf Basis der Kostenberechnungen vom 19.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt wird (Anlage 06). Entsprechend dem Beschluss des Rates zur Vorlage V/0599/2024 wird eine Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Investitionsmaßnahme	4260	Bürgerhaus York			
Auszahlungen			2025	1.370.000	
			2026	2.750.000	
			2027	4.500.000	
			2028	1.059.000	
Summe				9.679.000	
Einzahlungen			2025	500.000	
			2026	1.000.000	
			2027	2.450.000	
			2028	1.500.000	
Summe				5.450.000	
Saldo				4.229.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppen veranschlagt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2029 ff.	93.140	Ertrag
Zeile	13	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	88.430	
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibung	2029 ff.	132.680	
Zeile	16	Sonstiger ordentliche Aufwendungen	2029 ff.	95.350	
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2029 ff.	63.440	

Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Zeile	13	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	22.990	
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibung	2029 ff.	95.790	
Zeile	16	Sonstiger ordentliche Aufwendungen	2099 ff	360	
Saldo				405.900	

Die Folgelastenberechnung (Anlage 07) wird zur Kenntnis genommen. In der Folgeaufwandsberechnung (Anlage 08) vom Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit wurden die zusätzlichen Aufwände zur langfristigen Instandhaltung und Pflege des Bürgerparks (2. Bauabschnitt) ermittelt.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0018/2026**

**Umbau und Sanierung der Bestandsgebäude zur
Nutzung durch die Gesamtschule Münster-West in
Roxel (2. und 5. Teilprojekt) - Baubeschluss -**

Herr **Wenzel** wies auf den vorliegenden Beratungsverlauf hin und stellte anschließend den Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt vor:

I. Sachentscheidung

1. und 2. wie Vorlage

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Entwässerung des Regenwassers für die Gesamtliegenschaft (Sportflächen, Parkplätze, Schule) neu konzipiert werden muss. **Dabei sind die Niederschlagswässer der Dachflächen und der befestigten Flächen dezentral zur Versickerung zu bringen oder ortsnahe in ein Gewässer einzuleiten.** Die erforderlichen Planungsleistungen von 120.000 Euro sind Bestandteil dieses Beschlusses. Für die Umsetzung wird ein separater Baubeschluss erwirkt.

4. wie Vorlage

NEU 5. Der Verzicht auf das Gründach wird nicht umgesetzt. Das Vorhaben wird mit PVC-Fenstern mit hohen Recycling-Anteilen statt Alu-Fenstern umgesetzt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Durch den Beschluss entstehen Einsparungen in Höhe von etwa 100.000 €.

Der Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt wurde mit 19 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke) zu 1 Nein-Stimme (FDP), bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) mehrheitlich angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 20 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) zu 1 Nein-Stimme (FDP) mehrheitlich, dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlages zu empfehlen.

**Punkt 8.3 der Tagesordnung
V/0609/2025/1**

**Baugebiet "Handorf - Hobbeltstraße / Kirschgarten
/ Heriburgstraße" - Anpassung des Quartierskon-
zepts durch die Wohn und Stadtbau GmbH (W+S)**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mit 18 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) zu 3 Nein-Stimmen (Die Linke, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

Der Rat beschließt, dass die W+S, abweichend von dem beschlossenen Quartierskonzept (V/0381/2024) für das Baugebiet „Handorf – Hobbeltstraße / Kirschgarten / Heriburgstraße“, auf dem Baufeld 7 **neben voraussichtlich 9 Mietwohnungen auch voraussichtlich 12 Eigentumswohnungen** errichten und veräußern kann.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Aus der vorliegenden Vorlage ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

**Punkt 8.4 der Tagesordnung
V/0033/2026**

**Neubau eines 3-zügigen Schulgebäudes für die
Matthias- Claudius- Grundschule Handorf
- Baubeschluss -**

Herr **Wenzel** wies auf den vorliegenden Beratungsverlauf hin und stellte anschließend den Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt vor:

II. Sachentscheidung

1. und 3. wie Vorlage

4. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 32.361.000 € brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 18.12.2025 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen, indem die unter Ziffer II. der Begründung genannten Maßnahmen – **mit Ausnahme des Verzichts auf das Gründach und unter Verwendung von PVC-Fenstern mit hohen Recycling-Anteilen statt Alufenstern** – aufgegriffen werden.

5. – 10. wie Vorlage

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen Minderaufwendungen von etwa 40.000 €.

Der Änderungsantrag der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt wurde mit 20 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, FDP), bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) einstimmig angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 20 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, FDP), bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) einstimmig, dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlages zu empfehlen.

**Punkt 8.5 der Tagesordnung
V/0670/2025**
**Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absiche-
rung des Bundesstützpunktes Volleyball
-Baubeschluss-**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Die Baumaßnahme „Neubau einer Beachvolleyballhalle zur Absicherung des Bundesstützpunktes Volleyball“ wird nach den Plänen der Bauwerke Münster GmbH gemäß Baugenehmigung vom 18.12.2024 ausgeführt (Anlage 1).
2. Die Gestaltung der Freianlagen wird durch die Bauwerke Münster GmbH umgesetzt (Anlage 2).
3. Die Baumaßnahme wird mit einem Investitionsvolumen von 7.768.000 Euro brutto auf Basis der Kostenberechnung vom 15.01.2026 nach DIN 276 umgesetzt (Anlage 3). Entsprechend dem Beschluss V/0599/2024 wird die Reduktionsvariante zur Umsetzung vorgeschlagen, indem die unter Ziffer II. der Begründung genannte Maßnahme aufgegriffen wird.
4. Die „Checklisten nachhaltiges Bauen“ aus den Gebäudeleitlinien werden zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die Gebäudeleitlinien 2020 der Stadt Münster sind berücksichtigt.
5. Die Checkliste „Barrierefreiheit / Design für alle“ zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 5).
6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Errichtung der Beachvolleyballhalle im IV. Quartal 2026 begonnen werden soll. Die Fertigstellung des Neubaus ist planmäßig im I. Quartal 2028 vorgesehen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf der Grundlage des Entwurfs gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 08.12.2025 des Büros Assmann Münster GmbH Investitionskosten unter Berücksichtigung der Einsparpotenziale in Höhe von 7.768.000 Euro brutto (gemäß Anlage 3) und darauf basierende Folgelastkosten in Höhe von 345.710 Euro brutto entstehen (Anlage 6).
2. Durch die Förderungen von Investitionsmaßnahmen an herausragenden Sportstätten in Nordrhein-Westfalen wird die Maßnahme mit einem einmaligen Zuwendungsbetrag in Höhe von 3.433.650 Euro brutto gefördert.

Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt zu veranschlagen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportinfrastruktur, Sportförderung, Sportveranstaltungen			
Investitionsmaßnahme	4380	Beachvolleyballhalle			
Einzahlungen		aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2025 2026	2.738.190 695.460	Zuwendungen Land NRW
Summe Einzahlungen				3.433.650	
Auszahlungen		für Baumaßnahmen	Bisher bereitge- stellt	5.301.586	
			2026	2.466.414	
Summe Auszahlungen				7.768.000	
Saldo				4.334.350	

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2028 ff.	57.230	Folgeertrag
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2028 ff	179.030	Folgeaufwand
	14	Bilanzielle Abschreibung	2028 ff	135.370	Folgeaufwand
	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2028 ff	23.520	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2028 ff.	65.020	Folgeaufwand

Die Folgelastenberechnung (Anlage Nr. 6) wird zur Kenntnis genommen.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Zu den Haushaltsberatungen wird die Verwaltung ein Veränderungsblatt zur Anpassung der Ansätze der Investitionsmaßnahme „Beachvolleyballhalle“ an die zu erwartenden investiven Einzahlungen und Auszahlungen vorlegen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 9 der Tagesordnung**Sonstiges****Punkt 9.1 der Tagesordnung
V/0059/2026****Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bodengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Der Gründung einer Trägergemeinschaft zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des bodengebundenen Intensivtransports als Teil der öffentlichen Notfallrettung für die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und der Stadt Münster wird zugestimmt. Kernträger und Standort des Intensivtransportwagens soll die Stadt Münster werden.

2. Der *Oberbürgermeister der Stadt Münster* wird ermächtigt, die im Entwurf (Anlage 1) beige-fügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung der Trägergemeinschaft zu unterzeichnen *und nach Unterzeichnung durch die beteiligten Landräte der Bezirksregierung Münster zur Genehmigung vorzulegen.*

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage 1 nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten des Intensivtransportwagens über Rettungsdienstgebühren refinanziert werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0210	Rettungsdienst			
Zeile	04	Öff.-rechtl. Leistungsentgelte	2026		
			2027 ff.		
Zeile	13	Aufw. für Sach-/Dienstleist.	2026		
			2027 ff.		

Die zur Finanzierung vorläufig ermittelten erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplannentwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt worden. Aus Vertraulichkeitsgründen werden keine Beträge ausgewiesen (Ausschreibungsergebnisse). Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

**Punkt 9.2 der Tagesordnung
V/0077/2026**
Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag, den 10.05.2026, Sonntag, den 23.05.2027 und Sonntag, den 14.05.2028 in Münster-Hiltrup

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mit 18 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) zu 1 Nein-Stimme (Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP), bei 2 Enthaltungen (Die Linke), mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 9.3 der Tagesordnung
V/0094/2026**
Integrationsmonitoring 2024/2025

Die Mitglieder des Gremiums nahmen den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9.4 der Tagesordnung
V/0109/2026**
Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages durch die Stadt Münster an eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Münster GmbH

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster beabsichtigt, den Busverkehr des Stadtbusnetzes im Stadtgebiet Münster einschließlich abgehender Linien in die Gebiete benachbarter Aufgabenträger sowie sonstiger Teildienste an eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Münster GmbH (Arbeitsname: Stadtwerke Münster Mobilität GmbH) im Wege einer Inhouse-Vergabe gemäß § 108 Abs. 1 GWB für die Zeit vom 01.01.2028 bis zum 31.12.2037 direkt zu vergeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für diese Direktvergabe zu schaffen, insbesondere durch
 - a. die Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung gemäß Art. 7 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 und § 8a Abs. 2 PBefG über die Absicht der Direktvergabe;
 - b. die Schaffung der Voraussetzungen für eine Inhouse-Vergabe durch Vorbereitung der Gründung einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke Münster GmbH (Stadtwerke Münster Mobilität GmbH) und der Ausgliederung des Verkehrsbetriebs auf diese neue Gesellschaft. Über die Gründung und Ausgliederung ergehen gesonderte Beschlüsse;

- c. Sicherstellung der steuerlichen Neutralität, insbesondere im Hinblick auf den steuerlichen Querverbund, durch Einholung einer verbindlichen Auskunft beim Finanzamt für Körperschaften;
- d. die Erarbeitung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) (über die Vergabe des ÖDA ergeht ein gesonderter Beschluss);

sowie durch alle sonstigen ggf. noch erforderlichen Vorbereitungshandlungen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der rechtlichen und inhaltlichen Komplexität der Materie die Ausgestaltung dieses Vergabeprojektes zwingend einer umfassenden externen Beratung und Begleitung bedarf. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster Kosten in Höhe von ca. 100.000 € entstehen.

Die v. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2026 2027	60.000 40.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 9.5 der Tagesordnung V/0624/2025/1

Einführung einer Besucherparkregelung für Bewohnerparkzonen im Mischprinzip

Herr **Börnhorst** wies auf den vorliegenden Beratungsverlauf zur Vorlage hin und beantragte die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Verkehr und Mobilität zu übernehmen.

Herr **Börnhorst** stellte die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, Die PARTEI/ÖDP), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP), dem Rat den geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt eine Besucherparkregelung in Bewohnerparkzonen, in denen das Mischprinzip gilt, zu den in der Begründung **sowie unter 2-4** benannten Rahmenbedingungen einzuführen.

2. ~~Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass dies zunächst in Form einer teil-digitalen Übergangslösung erfolgt.~~
2. **Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine pragmatische Ausnahmeregelung für Gewerbetreibende einzuführen. Auf unverhältnismäßige Anforderungen (z. B. das Anbringen von Schriftzügen am Pkw) wird verzichtet. Die Stadtverwaltung informiert über die Ausnahmeregelung auf dem Internetauftritt der Stadt Münster. Die bisherigen Ausführungen auf dem Internetauftritt werden entsprechend angepasst.**
3. **Der Rat beauftragt die Verwaltung, zusätzlich zur teildigitalen Lösung bis zum finalen digitalen Verfahren eine papierbasierte Lösung anzubieten („Abreißblock“). Bewohnende von Bewohnerparkzonen sollen dann beim Amt für Bürgerservice gegen Vorlage des Personalausweises und nach Überprüfung der Meldeadresse einen oder mehrere Besucherparkausweise erwerben, der sichtbar und unter Angabe des Kennzeichens im Pkw ausgelegt werden muss. Auf die verbindliche Nachweiserklärung wird verzichtet.**
4. **Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob eine eigene kommunale Gebührenordnung eingeführt werden kann, um von der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestgebühr von 10,20 Euro abweichen zu können. Sofern dies rechtlich möglich ist, unterbreitet die Verwaltung kurzfristig einen Entwurf für eine solche Gebührenordnung mit einem zweistufigen Parktarifsystem: 5,10 Euro für eine Parkdauer von bis zu 4 Stunden; 10,20 Euro für eine Parkdauer von bis zu 24 Stunden.**
5. (Alt 3.) Der Ratsantrag A-R/0033/2025 vom 24.06.2025 ist damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0204	Bürgerangelegenheiten			Besucherparken
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2026 2027 ff.	1.530 2.550“	

Punkt 9.6 der Tagesordnung V/0655/2025

Strategien zur zukünftigen Planung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Münster – Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Betreuungssystem

Herr **Börnhorst** wies auf den vorliegenden Beratungsverlauf hin und beantragte die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zu übernehmen.

Herr **Börnhorst** stellte die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig mit 21 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, FDP, Die PARTEI/ÖDP) dem Rat den geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

Beschlusstext:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach Plätzen für die Kindertagesbetreuung in einigen Wohnbereichen deutlich unterhalb der verfügbaren Plätze liegt und es daher zu erheblichen Leerständen in Kitas kommt.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt zu, dass die Strategie zum Ausbau von Betreuungsplätzen verändert wird, um die Kindertagesbetreuungssituation in der Stadt Münster zu stabilisieren. Hierfür sind vornehmlich die in der Begründung unter 4.2 und 4.3 genannten Maßnahmen zu ergreifen.
3. Der Rat erkennt die große Leistung der freien Träger bei der Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung an und erklärt seine Bereitschaft, übergangsweise Härten aus der Unterbelegung mit einer finanziellen Unterstützung abzumildern. Diese Unterstützung soll sich an den unter Ziffer 5 der Begründung dargestellten Grundsätzen ausrichten.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung von Beschlusspunkt 2 eine umfassende Strategie für die zukünftige Ausgestaltung der Kitaplanung in Münster vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte einzubeziehen:**

1. Ganzheitliche Strukturplanung

- **Entwicklung eines strategischen Gesamtkonzepts für die Kindertagesbetreuung in Münster unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung.**
- **Differenzierte Betrachtung der Bedarfe im Bereich U3 und Ü3 und Prüfung der Umwandlung von Ü3- in U3-Plätze.**
- **Sozialräumliche Analyse zur bedarfsgerechten Steuerung von Platzkapazitäten.**
- **Für jeden Sozialraum sollen drei Szenarien definiert werden: Wachstum, Stabilisierung, Rückgang. Für jedes Szenario werden vorab Maßnahmen festgelegt: Aktivierung zusätzlicher Kita-Gruppen, temporäre Nutzung, alternative Nutzungsmöglichkeiten.**
- **Bewertung der Standortqualität: Erreichbarkeit, Erweiterungsfähigkeit (modulare Erweiterbarkeit), Integration von Mehrzweckflächen**

2. Verlässliche Bevölkerungsprognosen

- **Jährliche Aktualisierung von Geburten-, Zuzugs- und Wohnbauprognosen**
- **Darstellung belastbarer Bevölkerungs- und Geburtenprognosen für die kommenden 5, 10 und 15 Jahre.**

3. Strategie für den Umgang mit möglichen zukünftigen Schließungen

- **Entwicklung transparenter und nachvollziehbarer Kriterien, unter denen eine Kita perspektivisch geschlossen oder zusammengelegt werden kann.**
- **Berücksichtigung von Auslastung, baulichem Zustand, Wirtschaftlichkeit, sozialräumlicher Bedeutung sowie Trägervielfalt.**

- Frühzeitige Beteiligung von Trägern, Eltern und Mitarbeitenden bei strukturellen Veränderungen.
- 4. Personalstrategie
 - Entwicklung eines Konzepts zum verantwortungsvollen Umgang mit pädagogischem Personal im Falle von Umstrukturierungen.
 - Sicherstellung von Arbeitsplatzperspektiven durch Versetzungsmodelle, Qualifizierungsangebote und flexible Einsatzplanung.
 - Fachkräftesicherung als integraler Bestandteil der Gesamtstrategie.
- 5. Vorlage der Gesamtstrategie den zuständigen Gremien zur Entscheidung und Darstellung finanzieller Auswirkungen sowie eines realistischen Umsetzungszeitplans.

II. Finanzielle Auswirkungen:
wie Vorlage

**Punkt 9.7 der Tagesordnung
V/0684/2025**

Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Bildungs- und Betreuungsangebot der Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Stadt Münster als Trägerin

Es lag folgender Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor:

Beschlusstext:

I. Sachentscheidung:

1. wie Vorlage.
2. ~~Der Rat der Stadt Münster stimmt der Schließung der städtischen Kindertageseinrichtung Killingstraße zum Ende des laufenden Kita-Jahres 2025/26 zu.~~
Die Kita Killingstraße wird als Einrichtung der Stadt Münster fortgeführt. Sie stellt einen unverzichtbaren sozialen Ort für Kinder und Familien im Stadtteil Kinderhaus dar.
 - 2.1 Eine Anmeldung in der Kita wird wieder über den Kita Navigator ermöglicht.
 - 2.2 Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wird beauftragt, mögliche Synergieeffekte und enge Kooperationen zwischen den beiden städtischen Kitas in der Schleife (Killingstraße und Brüningheide) zu überprüfen und anzustreben. Insbesondere im Bereich Personal, Leitung und Trägerstruktur (eine Kita mit zwei Standorten). Ziel kann es sein, eine Kita an zwei Standorten zu gründen. Eine Gruppe in der Killingstraße und zwei Gruppen in Brüningheide.
 - 2.3 Alle Akteure des Sozialraums (und hier insbesondere das Gesundheitsamt, Kinderärzte, die Stadtteilkoordination Frühe Hilfen, Träger der Hilfen zur Erziehung und Familienbildungsstätten) sind bemüht, bei Familien aus dem Sozialraum

Schleife für einen Besuch in der Kita zu werben und Wege in die Kita (Kita Navigator, Infogespräche etc.) zu begleiten. Wir verfolgen gemeinsam das Ziel, die Bildungseinrichtung Kita für alle Familien attraktiv, vertrauensvoll und als fördernd zu gestalten.

2.4 Die Stadt Münster prüft, ob freie Raumkapazitäten in der Kita Killingstraße und Brüningheide von weiteren Akteuren im Stadtteil genutzt werden können, zum Beispiel von der OGS, Hortgruppe, Jugendhilfe oder Familienförderung.

3. - 5. wie Vorlage.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung lehnte mehrheitlich mit 19 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP), bei 2 Ja-Stimmen (Die Linke), ab, dem Rat den geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Anschließend wies Herr **Börnhorst** auf den vorliegenden Beratungsverlauf zur Vorlage hin und beantragte die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zu übernehmen.

Herr **Börnhorst** stellte die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP), bei 2 Nein-Stimmen (Die Linke), dem Rat den geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen:

Beschlusstext:

II. Sachentscheidung:

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Stabilisierung der Kindertagesbetreuungssituation in der Stadt Münster auch Maßnahmen der Stadt als Trägerin eigener Kindertageseinrichtungen erforderlich macht.
4. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Schließung der städtischen Kindertageseinrichtung Killingstraße zum Ende des laufenden Kita-Jahres 2025/26 zu.
Das freiwerdende Kontingent für ein Familienzentrum wird verbindlich und schnellstmöglich auf die Kindertageseinrichtung Brüningheide übertragen. Als Träger der Kindertageseinrichtungen Killingstraße und Brüningheide trägt die Stadt Münster dafür Sorge, dass die Angebote des Familienzentrums zum 01.08.2026 nahtlos in der Kindertageseinrichtung Brüningheide fortgeführt und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden, auch wenn die offizielle Zertifizierung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Stadt Münster wird in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Schließung der Kindertageseinrichtung Killingstraße den von der Schließung betroffenen Familien die Unterstützung zukommen lassen, damit alle Kinder aus der Kindertageseinrichtung Killingstraße ihren Wunsch-Kita-Platz bekommen können.

5. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Schließung der städtischen Kindertageseinrichtung In der Alten Schule zum Ende des laufenden Kita-Jahres 2025/26 zu.
6. **NEU**
Die von den Schließungen der Kindertageseinrichtung Killingstraße und Alte Schule betroffenen Familien werden aktiv und unter Berücksichtigung besonderer

Bedarfe unterstützt, um Barrieren zu überwinden und die notwendige Eingewöhnung zu gestalten. Von den ursprünglich geplanten Schließzeiten wird nicht abgewichen. Hinsichtlich der Gruppen und des Personals wird auch nach dem notwendigen Kitawechsel größtmögliche Kontinuität hergestellt. Bei Überbelegungen in Gruppen in Folge der Kitaschließungen werden die erhöhten personellen Anforderungen durch zusätzliches Personal abgedeckt. Dieses wird bereits in der Übergangs- und Eingewöhnungszeit realisiert.

7. (ALT 4.)

Der Rat der Stadt Münster stimmt dem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen der berufserfahrenen Mitarbeitenden in städtischen Kindertageseinrichtungen infolge der Schließungen zu, ebenso dem Erhalt der Ausbildungsplätze in allen städtischen Kindertageseinrichtungen.

8. (ALT 5.)

Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass weitere Maßnahmen für ein stabiles und nachhaltiges Bildungs- und Betreuungsangebot der Kindertageseinrichtungen innerhalb der Stadt Münster umgesetzt werden. **Die Verwaltung wird dabei künftig vor der Einleitung von Maßnahmen die politische Beratung und Beschlussfassung angemessen ermöglichen.**

III. Finanzielle Auswirkungen:
wie Vorlage.

**Punkt 9.8 der Tagesordnung
V/0685/2025**

**Beitritt zur interkommunalen Genossenschaft K4K
„Kompetenz für kommunale Innovation und Digitalisierung eG“**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster tritt der K4K Kompetenz für kommunale Innovation und Digitalisierung eG mit einem Genossenschaftsanteil in Höhe von einmalig 500,00 Euro bei.
2. Die bevollmächtigte Vertretung der Stadt Münster in der Genossenschaft K4K wird der Leiterin des Jobcenters, Frau Astrid Korschewski, übertragen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1501	Anteile an Unternehmen			
Auszahlung			2026	500,00	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2026/2027 bei der o. g. Produktgruppe nicht veranschlagt. Die Verwaltung wird zu den Haushaltsberatungen ein Veränderungsblatt vorlegen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die

Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 beziehungsweise der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Beratungs des Haushaltsplanes 2026 und 2027 (inkl. des Stellenplanes 2026 und 2027) sowie der mittelfristigen Ergebnisplanung bis 2030

Herr **Börnhorst** wies auf die vorliegende Tischvorlage zur Vorlage V/0179/2026 hin (Ergänzungen zur Anlage 1: Anregung Nr. 2026-00072, 2026-00073, 2026-00075 / zur Anlage 3: Veränderungsblätter 129-138) und erläuterte den geplanten Ablauf der Etatberatungen.

Zuerst werde über die vorliegenden Haushaltsanträge / Haushaltsbegleitanträge der Fraktionen und Ratsgruppen unter TOP 10.1, auf Grundlage des Etatberatungsfahrplans und unterteilt in Ergebnis- und Finanzplan, abgestimmt. Im Anschluss erfolge unter TOP 10.2 zunächst die Abstimmung über die Anlage 1 (Anregungen nach § 24 GO NRW sowie sonstige Anregungen und Anträge) zur Vorlage V/0179/2026 und danach über die Anlage 2 (Stellenplan 2026/2027). Anschließend erfolge die Abstimmung jeweils zu den Veränderungsblättern 1.-11 (Anregungen der Bezirksvertretungen). und den Veränderungsblättern 12- 25 (Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung bzw. in den Fachausschüssen nicht beraten/beschlossen) der Anlage 3. Herr **Börnhorst** wies darauf hin, dass Änderungsanträge der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt zu den Veränderungsblättern 48. und 80. vorliegen würden und in einem weiteren Schritt daher jeweils separate Abstimmungen zu diesen Veränderungsblättern notwendig seien. Anschließend erfolge einer Gesamtabstimmung über die Veränderungsblätter samt Veränderungen der Anlage 3. Den Abschluss bilde eine letzte Abstimmung zur Gesamtvorlage samt Tischvorlage.

Punkt 10.1 der Tagesordnung

Beratung als Fachausschuss und als Vorberatungsgremium für den Rat

Herr **Börnhorst** wies eingangs darauf hin, dass über die Haushaltsanträge / Haushaltsbegleitanträge aufsteigend in der Reihenfolge der Nummerierung der Produktgruppen abgestimmt werde und zunächst mit den Haushaltsanträgen zum Ergebnisplan begonnen werde.

1) Produktgruppe 0102 – Geschäftsführung für polit. Gremien und internationale Beziehungen

1.1 Haushaltsanträge zur Maßnahme 14 zur Finanzstabilität (V/0637/2025): Umgang mit Gratulationen und Ehrenpatenschaften

Die CDU-Fraktion und die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellten den gleichlautenden Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 14 – finanzielle Reduzierung/inhaltliche Begrenzung der Gratulationen und Ehrenpatenschaften – zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung die gleichlautenden Haushaltsanträge mehrheitlich mit 14 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, FDP) bei 7 Ja-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) ab.

1.2 Haushaltsantrag zur Einrichtung von zwei Stellen zur Awareness-Arbeit während der Ratssitzungen (Nicht im APSO beraten und daher Beschlussfassung im AWFLD)

Die Fraktion Die Linke stellte den Haushaltsantrag zur Einrichtung von zwei Stellen zur Awareness-Arbeit während der Ratssitzungen (Finanzierung von zwei Stellen auf Honorarbasis zu jeweils 150 € pro Ratssitzung) zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung die gleichlautenden Haushaltsanträge mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Ja-Stimmen (Die Lin-

ke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

1.3 Haushaltsanträge zur Maßnahme 69 zur Finanzstabilität (V/0637/2025): Kürzung der Förderung von Begegnungen und Projekten mit Partnerstädten

1.3.1 Die CDU-Fraktion stellte den Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 69 – Kürzung der Förderung von Begegnungen und Projekten mit Partnerstädten – und vielmehr zusätzliche Bereitstellung einer jährlichen Förderung von 15.000 € zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 15 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP) bei 6 Ja-Stimmen (CDU) ab.

1.3.2 Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 69 – Kürzung der Förderung von Begegnungen und Projekten mit Partnerstädten – zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 15 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, FDP) bei 7 Ja-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) ab.

2) Produktgruppe 0103 – Oberbürgermeister, Bürgermeister und Verwaltungsführung

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur finanziellen Unterstützung der gemeinwohlorientierten Quartiersarbeit und Weiterentwicklung des Hansaforums (Finanzierung mit 34.4000 € in 2026 und 2027) zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung die gleichlautenden Haushaltsanträge mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

3) Produktgruppe 0107 – Public Relations

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 32 – E-Mail-Adresse muenster.de – zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 20 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, FDP) und bei 1 Ja-Stimme (Die PARTEI/ÖDP) ab.

4) Produktgruppe 0108 – Personal- und Organisationsmanagement

Die Ratsgruppe FDP stellte den Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 42 – Modifizierung der Werbeprämie von neuen Mitarbeitenden – zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 20 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) und bei 1 Ja-Stimme (FDP) ab.

5) Produktgruppe 0111 – Immobilienmanagement

5.1 Haushaltsantrag zur Sanierung des Hof Hesselmann

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Sanierung des Hof Hesselmann (einmalige Finanzierung i.H.v. 70.000 € in 2027) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke), bei 2 Nein-Stimmen (FDP, Die PARTEI/ÖDP) und bei 6 Enthaltungen (CDU) zu.

5.2 Haushaltsantrag zur Vermietung/Umnutzung der Clemenskirche

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Vermietung und Umnutzung der Clemenskirche (in der Folge Einnahmen i.H.v. 50.000 € in 2028, 50.000 € in 2029, 50.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke) und bei 8 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP) zu.

5.3 Haushaltsantrag zur Identifizierung von Standorten auf/in städtischen Liegenschaften, zum Aufstellen zusätzlicher Verkaufsautomaten (Nicht im APSO beraten und daher Beschlussfassung im AWFLD)

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zum Aufstellen von zusätzlichen Verkaufsautomaten zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 20 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke, FDP) und bei 1 Ja-Stimme (Die PARTEI/ÖDP) ab.

6) Produktgruppe 0113 – Zentrale Dienste

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Digitalisierung der Verwaltung (Budgeterhöhung um 800.000 € in 2026, 250.000 € in 2027, 250.000 € in 2028, 250.000 € in 2029, 250.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, FDP) und bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) zu.

7) Produktgruppe 0115 – IT-Management

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Freifunk WLAN-Förderung (Weiterfinanzierung mit 8.000 € in 2026, 8.000 € in 2027, 8.000 € in 2028, 8.000 € in 2029, 8.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) und bei 1 Enthaltung (Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP) zu.

8) Produktgruppe 0116 – Migrations- und Integrationsmanagement

8.1 Haushaltsantrag zur Maßnahme 68 zur Finanzstabilität (V/0637/2025): Reduzierung Zuschüsse an Vereine, Träger, Initiativen im Bereich Migration/Integration und für Einzelprojekte

Herr **Wenzel** wies darauf hin, dass die Beratung zur Streichung der Maßnahme über die Abstimmung zum Veränderungsblatt 31 abgedeckt ist. Sodann wurde der Haushaltsantrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP einvernehmlich zurückgezogen.

8.2 Haushaltsantrag zur Maßnahme 76 zur Finanzstabilität (V/0637/2025): Kürzung Zuschüsse an Vereine, Träger, Initiativen für Angebote in den Wochen gegen Rassismus nach Empfehlung einer beauftragten Fach-Jury

Herr **Wenzel** wies gleichermaßen darauf hin, dass die Beratung zur Streichung der Maßnahme über die Abstimmung zum Veränderungsblatt 31 abgedeckt ist. Sodann wurde der Haushalts-

antrag der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP einvernehmlich zurückgezogen.

9) Produktgruppe 0401 – Kulturmanagement/Kulturförderung

9.1 Haushaltsanträge zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ab 2027 für das Wolfgang-Borchert-Theater (Nicht im KA beraten und daher Beschlussfassung im AWFLD)

- 9.1.1 Es lag der Etat-Antrag des Wolfgang-Borchert-Theaters zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ab 2027 (Erhöhung 83.610 € in 2027, 76.720 € in 2028, 69.710 € in 2029, 62.570 € in 2030) zur Abstimmung vor. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Etat-Antrag einstimmig ab.
- 9.1.2 Die CDU-Fraktion stellte den teilweise aufgreifenden Haushaltsantrag zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ab 2027 an das Wolfgang-Borchert-Theater (Erhöhung 86.950 € in 2027, 80.130 € in 2028, 73.180 € in 2029). In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 15 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP) bei 6 Ja-Stimmen (CDU) ab.
- 9.1.3 Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den teilweise aufgreifenden Haushaltsantrag zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Jahr 2027 an das Wolfgang-Borchert-Theater (Erhöhung 65.000 € in 2027). In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke) bei 2 Nein-Stimmen (Die PARTEI/ÖDP, FDP) zu.

9.2 Haushaltsanträge zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an das Theater Titanick

- 9.2.1 Die Fraktion Die Linke stellte Haushaltsantrag zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für 2026 und 2027 an das Theater Titanick (Erhöhung 116.250 € in 2026, 116.250 € in 2027). In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.
- 9.2.2 Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für 2027 und 2028 an das Theater Titanick (Erhöhung 20.000 € in 2027, 20.000 € in 2028). In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU) bei 2 Nein-Stimmen (Die PARTEI/ÖDP, FDP) und bei 2 Enthaltungen (Die Linke) zu.

10) Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Streichung der Maßnahme 73 zur Finanzstabilität (V/0637/2025) – Reduzierung des Zuschusses an den ASB Regionalverband Münsterland e.V. (Hebammenzentrale) – zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 14 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, FDP) und bei 7 Ja-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) ab.

11) Produktgruppe 1003 – Wohnen

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zum Förderprogramm „Klimafreundliche Wohngebäude“ (Einsparungen 100.000 € in 2027, 100.000 € in 2028, 100.000 € in 2029, 100.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 9 Nein-Stimmen (CDU, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) und bei 1 Enthaltung (FDP) zu.

12) Produktgruppe 1501 – Anteile an Unternehmen

12.1 Haushaltsantrag zur Erhöhung der Ausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost an die Stadt Münster

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Erhöhung der Ausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost an die Stadt Münster (Erhöhung i.H.v. 780.000 € in 2026, 780.000 € in 2027, 780.000 € in 2028, 780.000 € in 2029, 780.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

12.2 Haushaltsantrag zum Deutschlandticket Sozial (Nicht im AVM beraten und daher Beschlussfassung im AWFLD)

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Budgeterhöhung für das Deutschlandticket Sozial (Erhöhung i.H.v. 30.000 € in 2026, 200.000 € in 2027, 200.000 € in 2028) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) und bei 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP) zu.

13) Produktgruppe 1502 – Stadtmarketing (MM)

13.1 Haushaltsanträge zur Stelle des/r Nachtbürgermeisters*in

13.1.1 Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Entfristung der Stelle Nachtbürgermeister*in, im Zuge einer Aufgabenkritik bei Münster Marketing. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke) und bei 8 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP) zu.

13.1.2 Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur finanziellen Ausstattung der Stelle des/der Nachtbürgermeister*in (Finanzierung 80.000 € in 2027, 80.000 € in 2028, 80.000 € in 2029, 80.000 € in 2030). In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

13.2 Haushaltsantrag zur Stelle des Stadtteilkordinators*in

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Förderung der Stelle der Stadtteilkoordination i.H.v. 30.000 € und einem Äquivalent von der Kaufmannschaft (30.000 € in 2027, 30.000 € in 2028). In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen

(GRÜNE, SPD, Volt, FDP), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) und bei 2 Enthaltungen (Die Linke) zu.

14) Produktgruppe 1503 – Stadthalle Hiltrup

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur räumlichen Verschiebung im Stadtkonzern zur MCC Halle Münsterland (Einsparungen 85.000 € in 2028, 125.000 € in 2029, 150.000 € in 2030). In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, FDP), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) und bei 2 Enthaltungen (Die Linke) zu.

15) Produktgruppe 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft

15.1 Haushaltsanträge zur Gewerbesteuer

15.1.1 Die Fraktion Die Linke stellte den Haushaltsantrag zur Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes für das Jahr 2027 um 15 Punkte und ab dem Jahr 2028 um weitere 15 Punkte zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

15.1.2 Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 465 %, des Grundsteuer A Hebesatzes auf 403 % und des Grundsteuer B Hebesatzes auf 502 % zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

15.1.3 Die CDU-Fraktion stellte den Haushaltsantrag „Gewerbe stärken, Steuerkraft sichern und Handlungsspielräume erweitern“, der in seiner Konsequenz auf Seiten des Ergebnisplanes ab 2030 zu zusätzlichen Gewerbesteuerereinnahmen i.H.v. 3.000.000 jährlich führen würde, zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 15 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP) und bei 6 Ja-Stimmen (CDU) ab.

15.2 Haushaltsanträge zur Vergnügungssteuer

15.2.1 Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Festsetzung der Vergnügungssteuer auf Spielautomaten stets auf rechtlich höchstmöglichen Satz zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

15.2.2 Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Erhöhung der Vergnügungssteuer (Einnahmen von 200.000 € in 2028, 200.000 € in 2029, 200.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) und bei 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP) zu.

15.3 Haushaltsantrag zur Verpackungssteuer

Die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP stellte den Haushaltsantrag zur Einführung einer Verpackungssteuer (Einnahmen i.H.v. 2.500.000 € in 2027, 2.400.000 € in 2028, 2.300.000 € in 2029, 2.200.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich bei 18 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP) und bei 3 Ja-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

15.4 Haushaltsantrag zur Zweitwohnungssteuer

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zur Erhöhung der Zweitwohnungssteuer um 15 % und Ausweitung u.a. auf Dauercamper (Einnahmen von 200.000 € in 2026, 400.000 € in 2027, 400.000 € in 2028, 400.000 € in 2029, 400.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, Die Linke), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP) und bei 1 Enthaltung (Die PARTEI/ÖDP) zu.

16) Produktgruppenübergreifende Haushaltsanträge

16.1 Haushaltsanträge zum globalen Minderaufwand

16.1.1 Die CDU-Fraktion stellte den Haushaltsantrag zum globalen Minderaufwand (Erhöhungen von 5.000.000 € in 2026, 5.000.000 € in 2027, 5.000.000 € in 2028, 5.000.000 € in 2029, 5.000.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 15 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP) und bei 6 Ja-Stimmen (CDU) ab.

16.1.2 Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Haushaltsantrag zum globalen Minderaufwand (Erhöhungen von 2.000.000 € in 2028, 3.000.000 € in 2029, 4.000.000 € in 2030) zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 4 Nein-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP, FDP) und bei 6 Enthaltungen (CDU) zu.

16.2 Antrag „Raumvergabe digitalisieren – Auslastung städtischer Gebäude erhöhen“

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Antrag zur Digitalisierung der Raumvergabe von städtischen Räumlichkeiten, der digitalen Erhebung der Auslastung städtischer Gebäude und der Entwicklung eines Konzeptes zur besseren Auslastung von städtischen Gebäuden zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag einstimmig zu.

16.3 Antrag „Keine externen Anmietungen und Moderationen für Veranstaltungen mehr!“

Die Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt stellten den Antrag, dass keine externen Anmietungen und Moderationen für Veranstaltungen mehr stattfinden sollen, sondern grundsätzlich nur noch in Räumlichkeiten der Stadt Münster oder von städtischen Töchtern durchgeführt (mit der Ausnahme der externen Moderation von besonders kommunikativen Herausforderungen, die wiederum dem zuständigen Ausschuss für Finanzen in den Jahren 2026 und 2027 formlos und halbjährlich zu berichten sind), zur Abstimmung. In der Abstimmung stimmte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung dem Haushaltsantrag mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 3 Nein-Stimmen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) und bei 7 Enthaltungen (CDU, FDP) zu.

Nach Abschluss der Beratungen zu den Haushaltsanträgen zum Ergebnisplan stellte Herr **Börnhorst** die Haushaltsanträge zum Finanzplan zur Abstimmung.

17) Produktgruppe 0111 – Immobilienmanagement

Die CDU-Fraktion stellte den Haushaltsantrag „Gewerbe stärken, Steuerkraft sichern und Handlungsspielräume erweitern“, der in seiner Konsequenz auf Seiten des Finanzplanes einen Ansatz von jeweils 10.000.000 € in 2026 und 2027 für den Ankauf von Gewerbeflächen zur Folge hätte, zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 12 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU), bei 6 Ja-Stimmen (CDU) und 3 Enthaltungen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

18) Produktgruppe 1501 – Anteile an Unternehmen

Die Ratsgruppe FDP stellte den Haushaltsantrag zur Umfunktionierung der Maßnahme 1100 „MusikCampus“ in „Neubau Westfälische Schule für Musik + Proberäume Sinfonieorchester“ sowie die Bereitstellung von weiteren Planungskosten i.H.v. 1.500.000 € für das Jahr 2027 und der Budgetsenkung der Maßnahme auf 40.000.00 € zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 17 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU), bei 1 Ja-Stimme (FDP) und 3 Enthaltungen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) ab.

19) Produktgruppenübergreifender Haushaltsantrag

Die CDU-Fraktion stellte den Haushaltsantrag „Bestand sichern, Werte erhalten und Investitionen wirksam steuern“, zur strukturellen Neuausrichtung der investiven Hochbauausgaben der Stadt Münster für die Jahre 2026-2030, zur Abstimmung. In der Abstimmung lehnte der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung den Haushaltsantrag mehrheitlich mit 14 Nein-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU), bei 6 Ja-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (FDP) ab.

Punkt 10.2 der Tagesordnung V/0179/2026

Haushaltsplan der Stadt Münster für die Haushaltsjahre 2026 und 2027

Gemäß der eingangs durch Herrn Börnhorst erläuterten Vorgehensweise wurde folgendermaßen abgestimmt:

1. Anlage 1: Anregungen nach § 24 GO NRW sowie sonstige Anregungen und Anträge zum Haushaltsplan 2026/2027

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig (GRÜNE, SPD, CDU, Volt, Die PARTEI/ÖDP, FDP), bei 2 Enthaltungen (Die Linke), dem Rat zu empfehlen, dass den vorliegenden Anregungen nach § 24 GO NRW sowie sonstigen Anregungen und Anträgen zum Haushaltsplanentwurf 2026/2027 (Anlage 1) gefolgt wird, soweit sie im Rahmen der Beschlussfassung dieser Vorlage aufgegriffen werden und sie ansonsten abzulehnen.

2. Anlage 2: Stellenplan 2026/2027

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP) und 3 Enthaltungen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP) dem Rat zu empfehlen, dass der Stellenplan 2026/2027 (Anlage 2) angenommen wird.

3. Anlage 3: Satzungsbeschluss

- 3.1 Zunächst wurde zu den Veränderungsblättern mit Anregungen der Bezirksvertretungen, die in den Fachausschüssen nicht aufgegriffen wurden (Nr. 1 – 11), abgestimmt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss einstimmig mit 17 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU), bei 4 Enthaltungen (FDP, Die Linke, Die PARTEI/ÖDP), der Beschlusslage der Fachausschüsse zu folgen und die Veränderungsblätter ansonsten nicht aufzugreifen.
- 3.2 Anschließend erfolgte die Abstimmung zu den Veränderungen für die Produktgruppen in der Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung sowie die Veränderungen, zu denen keine Beschlüsse in den Fachausschüssen gefasst wurden (Nr. 12 – 25). Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss die vorliegenden Veränderungsblätter Nr. 12-25 einstimmig mit 18 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU, FDP), bei 3 Enthaltungen (Die Linke, Die PARTEI/ÖDP).
- 3.3/3.4 Aufgrund der vorliegenden Anträge der Fraktionen GRÜNE, SPD und Volt zu den Veränderungsblättern 48 und 80 wurde jeweils zu den Veränderungsblättern einzeln abgestimmt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss in jeweils separater Abstimmung die vorliegenden Änderungsanträge zu den Veränderungsblättern Nr. 48 und Nr. 80 mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) und bei 3 Enthaltungen (Die Linke, FDP).
- 3.5 Ferner wurde in einer weiteren Abstimmung über die Veränderungen die sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2026/2027 durch Beschlüsse in den Fachausschüssen bisher ergeben haben (Nr. 26 - 128) votiert und in gleichem Zuge über die Veränderungsliste im Gesamten (Nr. 1 – 138; einschließlich Veränderungen in der Tischvorlage) abgestimmt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt, CDU), bei 7 Nein-Stimmen (CDU, Die PARTEI/ÖDP) und bei 3 Enthaltungen (Die Linke, FDP) dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 mit dem Haushaltsplan 2026/2027 (einschließlich der in der Veränderungsliste (Anlage 3) dargestellten Anpassungen zu dem Haushaltsplanentwurf 2026/2027 und ggf. weiteren Anpassungen im Rahmen der Beschlussfassung dieser Vorlage) zu empfehlen.
- 3.6 Abschließend erfolgte die Abstimmung zur Gesamtvorlage einschließlich der Tischvorlage. Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung beschloss mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen (GRÜNE, SPD, Volt), bei 8 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Die PARTEI/ÖDP) und bei 2 Enthaltungen (Die Linke), die Gesamtvorlage einschließlich der Tischvorlage sowie den zuvor beschlossenen Veränderungen.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

gez.
Noah Börnhorst
Vorsitz

gez.
Jan Hirsch
Schriftführung